

Bern, 4. Juli 2018

Evaluation der Pflegefinanzierung für Spitex und Pflegeheime: Der Bundesrat ignoriert dringend nötige Verbesserungen

Die heute veröffentlichte [Studie zum System der Pflegefinanzierung](#) zeigt klar auf, dass Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat anerkennt zwar, dass grössere Finanzierungslücken existieren. Er verweigert aber konkrete Nachbesserungen und spielt auf Zeit. Leidtragende sind Patienten, Pflegeanbieter und Kantone.

Auf das Jahr 2011 wurde die Finanzierung der Langzeitpflege neu gestaltet. Hauptziel der Änderung war, dass die Kostensteigerung gleichmässig auf Krankenkassen und Kantone verteilt wird und nicht vollständig über Versicherungsprämien finanziert wird. In der Folge sind die Beiträge der Krankenkassen für Pflegeheimaufenthalte und Spitex-Leistungen auf gleichem Niveau eingefroren, dafür bluten nun die Kantone und Gemeinden. Aus finanziellen Gründen sind viele Kantone und Gemeinden nicht mehr bereit und in der Lage, diese Mehrkosten voll zu tragen. Für die Patienten bedeutet dies: Entweder zahlen sie mehr oder sie müssen tiefere Qualität befürchten. senesuisse verlangt seit Langem, dass dieser Missstand angegangen wird.

Der Bericht hat die wichtigsten Problembereiche erkannt und gut beschrieben:

- Zu geringe Beteiligung der Krankenkassen an der Kostensteigerung
- Ungenügende Ausfinanzierung der anfallenden Pflegekosten
- Unterfinanzierung der Kosten bei Patienten mit Demenz und in der Palliativpflege
- Deckungslücken bei ausserkantonalem Leistungsbezug/Heimaufenthalt
- Unbrauchbare Regelung der Akut- und Übergangspflege

Doch anstatt diese Probleme anzupacken, ignoriert sie der Bundesrat. Er unternimmt nichts, um die Ausfinanzierung der Pflegekosten zu garantieren. Für Pflegeheime sieht er eine äusserst geringe Erhöhung der Versicherungsbeiträge vor (plus 6,7 % gegenüber den Kosten 2009), für die Spitex aber sogar eine Senkung!

In Zusammenarbeit mit der IG Pflegefinanzierung hat senesuisse bereits in den Details klar aufgezeigt, [was nachgebessert werden müsste](#):

- Die Krankenkassen müssen sich an der Kostensteigerung fair beteiligen
- Sämtliche nachgewiesenen Pflegekosten müssen gedeckt sein (auch bei Demenz!)
- Nach Spitalaustritten braucht es eine genügend lange und finanzierte Übergangspflege

Nun ist das Parlament gefordert, dem Bundesrat die nötigen Aufträge zu erteilen. Nur so können die Leistungen weiterhin auf hohem Qualitätsniveau gewährleistet werden.

senesuisse vertritt die Interessen von über 400 Betrieben im Bereich der Langzeitpflege. Als Verband in der Alterspflege setzen wir uns für gute Qualität und grosse Vielfalt an Angeboten ein. Bestmögliche Pflege, Betreuung und Infrastruktur für Betagte sollten wir uns als wohlhabendes Land leisten.

Weitere Auskünfte erteilt:

Christian Streit, Geschäftsführer senesuisse
Tel: 058 796 99 19 Mobil: 079 948 10 93
E-Mail: info@senesuisse.ch